

Antrag Nr. 07-O-08-0030

SPD-Fraktion

Betreff:

Jugendarbeit im Bereich Spielplatz Liegnitzer Str. (SPD)

Antragstext:

Antrag der SPD-Fraktion:

Das Amt für Soziale Arbeit wird gebeten, unverzüglich im Rahmen der aufsuchenden Jugendarbeit im Bereich um den Spielplatz Liegnitzer Straße tätig zu werden.

Die Arbeit muss das Ziel verfolgen, bestehende Konflikte zwischen Jugendlichen und Anwohnern auszuräumen.

Begründung:

Anwohner/-innen der Liegnitzer Straße beklagen sich über nächtliche Ruhestörungen und andere Provokationen durch Jugendliche oder junge Erwachsene, die den Spielplatz entgegen seiner ursprünglichen Bestimmung als Treffpunkt nutzen.

Der Konflikt besteht mindestens seit dem Sommer des letzten Jahres und hat seitdem an Schärfe zugenommen.

Der Ortsbeirat hat sich mit diesem Problem erstmals im Herbst des letzten Jahres befasst und u.a. verstärkte polizeiliche Kontrollen für diesen Bereich gefordert.

Der Leiter des zuständigen Polizeireviers hat allerdings schon damals darauf hingewiesen, dass das Problem allein mit polizeilichen Mitteln nicht zu lösen sei.

Heute muss festgestellt werden, dass die verstärkte Kontrolle des Platzes und andere polizeiliche Maßnahmen bisher keinen entscheidenden Beitrag zur Lösung des Problems geleistet haben.

Als Reaktion auf die Beschwerde von Anwohner/-innen – nicht nur aus der Liegnitzer Straße – hat der Ortsbeirat ein Konzept für die Jugendarbeit in Bierstadt gefordert. Dieses Konzept liegt jetzt vor. Die Umsetzung der darin vorgeschlagenen Maßnahmen ist aber gegenwärtig ungewiss u.a. deshalb weil die dafür benötigten Mittel erst im Haushalt des nächsten Jahres vorgesehen sind. Selbst wenn die Mittel bewilligt werden, ist mit positiven Wirkungen vor Ort nicht vor Mitte des nächsten Jahres zu rechnen. Für die Betroffenen in der Liegnitzer Straße kommen diese Maßnahmen zu spät. Momentan besteht noch die Hoffnung, dass sich der Konflikt mit relativ bescheidenen Mitteln lösen lässt. Weiteres Anwarten wird den Aufwand zur Lösung des Problems nur vergrößern. Um eine weitere Eskalation des Konflikts zu verhindern, ist unverzügliches Handeln gefordert !

P.S.: Der gleiche Sachverhalt trifft nunmehr für die Kolping- und Biegerstraße zu

– siehe Beschwerdeschreiben Wolfert / Jekel vom 20.05.2007.

Wiesbaden, 08.06.07

Pahls - Fraktionssprecher